

Pressemitteilung (05.03.2006)

Berufliche Schulen in die Pflicht nehmen - Lehrstellenlücke verkleinern

Angesichts der aktuellen Lehrstellenlücke, von der zurzeit über 50 000 Jugendliche betroffen sind und die in den nächsten Jahren demografisch bedingt noch größer werden wird, fordert der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW), die Ressourcen der beruflichen Schulen zu nutzen. Nach Feststellungen des VLW-Vorsitzenden Dr. Wolfgang Kehl bieten die beruflichen Schulen - unabhängig von konjunkturellen und strukturellen Schwankungen des Beschäftigungssystems - mit ihren Berufsfachschulen flächendeckend einen sinnvollen Weg der Qualifizierung bei fehlender dualer Ausbildung. Den Absolventen/-innen dieser Schulen werde jedoch in allen Bundesländern das Ablegen einer Berufsabschlussprüfung vor den Kammern verwehrt, eine Prüfung, die nach der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes ausdrücklich vom Bundesgesetzgeber vorgesehen ist. Ebenso würden Ausbildungszeiten beruflicher Qualifizierung wie zum Beispiel in der Höheren Handelsschule nicht auf Ausbildung angerechnet. Der Vorsitzende: „Die Sozialpartner akzeptieren diese alternativen Ausbildungswege nicht und nehmen dabei billigend in Kauf, dass auch in diesem Jahr über 50 000 junge Menschen keine Ausbildung erhalten.“

Dr. Wolfgang Kehl sieht die Länder und den Bund unter einem starken Handlungsdruck. Von den Ländern fordert er, endlich alle vom neuen Berufsbildungsgesetz gegebenen Möglichkeiten zu nutzen, um die Bildungsgänge der beruflichen Schulen dem Dualen System gleichwertig zu machen. Vom Bundesgesetzgeber erwartet er eine Überarbeitung des neuen Berufsbildungsgesetzes mit dem Ziel, bundeseinheitliche Regelungen klar und deutlich festzulegen.

Ausdrücklich begrüßt es der VLW-Vorsitzende, dass sich in den Reihen der Sozialpartner zwei DGB-Gewerkschaften dieser Position nähern. „Wir vom VLW fühlen uns durch die Streitschrift von IG Metall und ver.di zur beruflichen Bildung – ‚Bildung ist keine Ware‘ - darin bestärkt, uns für eine Neuorientierung der beruflichen Schulen einzusetzen,“ so Dr. Wolfgang Kehl. In dieser Streitschrift heißt es: „Die beruflichen Schulen müssen aus ihrer reaktiven Rolle bei der Krisenbewältigung im System der beruflichen Bildung herausgehen und einen aktiveren Part übernehmen.“ Auch unter dem Gesichtspunkt des lebensbegleitenden Lernens mit der damit verbundenen Übernahme von Aufgaben der Navigation im selbstständigen Lernen sei, so Dr. Wolfgang Kehl, dieser Prozess der Neuorientierung unumgänglich. „Es wäre erfreulich, wenn der DGB als Spitzenorganisation der Arbeitnehmer diesen Erkenntnisprozess mittragen könnte. Auch die Gewerkschaften dürfen sich der gesellschaftlichen Notwendigkeit, der Jugend eine Chance zu geben, nicht verschließen.“

Bielefeld, 5. März 2006

Helmut Hahn, Pressesprecher

Tel.: 06853 9229-55; Fax : - 56; E-Mail: hahn.vlw@t-online.de